Arbeiterblatt

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 8 September 1950

Einheit Europas !

Europa muß geeinigt werden! Die staatliche Zersplitterung hemmt das weitere Entfalten der europäischen Wirtschaft und Kultur. Im Rahmen eines geeinten Europa werden die durch so viele Grenzen zerteilten Produktivkräfte zusammengefaßt und - im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft - immer planmäßiger betrieben werden können.

Auch die USA-Imperialisten wollen Europa "einigen" - unter ihren Fersen. Ihre Vereinigten Staaten von Europa wären eine Kolonie der amerikanischen Kapitalisten mit Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie.

Seit Jahrhunderten spielen die englischen Imperialisten eine europäische Macht gegen die andere aus. Darin besteht ihre Politik des "europäischen Gleichgewichts". Jeden Versuch Europa zu einigen, suchen sie mit allen Mitteln zu durchkreuzen. Das ist heute die Linie auch der durch und durch englischimperialistischen Laborregierung, Labourparty und der sie beherrschenden Gewerkschaftsbürokratie Englands. Jede Einigung Europas verhindern, wenn sie sich aber nicht mehr verhindern lässt, sie verwirklichen unter dem Stiefel des britischen Imperialismus - das ist heute die politische Linie der Imperialisten Englands in Bezug auf Europa.

Auch der Kreml will Europa "einigen" Er will ein "volksdemokratisches" Europa unter der Knute des Kremls, als Plünderungsobjekt für die stalinbürokratischen Revolutionsparasiten.

Die Sozialdemokratie "kämpft" für die europäische Einheit - in Koalition mit den kapitalistischen Ausbeutern. Sie nennt das "Kampf" für die Vereinigten "sozialistischen" Staaten von Europa. Dieser Trick, den sie zum Täuschen der Arbeiter im Landesmasstab anwendet, benützt sie auch im europäischen Masstab.

Diese Losung soll den Arbeitern verhüllen, dass es ihr geht um die Vereinigten bürgerlich"sozialistischen" Staaten Europas, das ist um die Vereinigten "sozialkapitalistischen Staaten von Europa

Der sozialdemokratischen Schwindellosung der Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa bedienen sich auch alle möglichen Zentristen, darunter auch die Zentristen Nr 3 einhalb. Sie arbeiten damit tatsächlich dem sozialdemokratischen Betrug in die Hände.

Die Arbeiterklasse braucht ein geeintes Europa f r e i von kapitalistischer Ausbeutung, f r e i von kapitalistischer, imperialistischer und auch stalinbürokratischer Unterdrückung. Das in Freiheit geeinte Europa muss erkämpft werden gegen die amerikanischen, englischen Imperialisten, gegen jeden Imperialismus, gegen das Weltkapital, gegen die Weltbourgoisie, aber auch gegen den Kreml, gegen die entartete Arbeiterbürokratie jeder Art, also gegen die amerikanische, englische, russische, französische, deutsche usw Gewerkschaftsbürokratie, gegen die laboristische, sozialdemokratische, stalinistische Bürokratie, gegen die LP, SP, KP.

Um sich den Weg zu materiell, kulturell, geistig höherem Aufstieg zu erkämpfen, müssen die Arbeiter und armen Bauern die f r e i e europäische Einheit erkämpfen. Sie können sie erkämpfen nur, indem sie die proletarische Demokratie zum Siege führen. So werden sie errichten die

Föderation der proletarischdemokratischen Republiken Europas, die sie schliesslich - indem sie allmählich das jahrhundertelang gezüchtete nationale Misstrauen überwinden werden - überleitenmwerden in die proletarischdemokratische Einheit Europes, in die proletarischdemokratische Republik Europa.

Die Millionenmassen der Arbeiter und armen Bauern können dad erkämpfen. Sie werden das erkämpfen und ausbauen unter Führung der einzigen ihren Interessen bis ans Ende treu ergebenen Partei, unter Führung der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, die sie sich schaffen müssen.

Nur mit dieser, ihrer Partei an der Spitze werden sie in Angriff nehmen können und konsequent durchführen den Aufbau des Sozialismus in Europa, im Rahmen des zu erkämpfenden Weltsozialismus, werden sie immer gründlicher organisieren die sozialistische Planwirtschaft Europas, im Rahmen der zu erkämpfenden, zu verwirklichenden sozialistischen Planwirtschaft auf der ganzen Erde.

Titos Betriebsrätegesetz

Die jugoslavische Nationalversammlung hat den Entwurf der Titoregierung über das Betriebsrätegesetz zum Gesetz erhoben. Dadurch werde die Leitung der Betriebe den Arbeitern übergeben und die Verwirklichung der proletarischen Demokratie in Angriff genommen, verbreiten Titobürokratie und ihre Nachläufer. Sehen wir näher zu.

Das vom Betriebsrat gewählte Verwaltungskomitee arbeitet auf der Basis der Instruktionen oder Direktiven der zuständigen Staatsorgane (Artikel 5 des Gesetzes), also der Titobürokratie...Das Verwaltungskomitee hat sich dem verantwortlichen Staatsorgan unterzuordnen (Art.32), also der Titobürokratie...

Herr des Betriebes ist und bleibt der Direktor (der Manager), auch gegenüber dem Betriebsrat und dem Verwaltungskomitee (Art.8). Der Direktor wird ernannt, letzten Endes durch das zuständige Staatsorgan (Art.8), das ist durch die Titobürokratie... Er ist verantwortlich den zuständigen Staatsorganen (Art.9), das heisst der Titobürokratie...Er ist direkt verantwortlich für die Durchführung aller Befehle derbzuständigen Staatsorgane (Art.36), also der Titobürokratie...Betriebsrat, Verwaltungskomitee können beantragen, dass der Direktor entfernt werde, (Art.8), die Entscheidung darüber fällt "das zuständige Staatsorgan", also die Titobürokratie...

Die Arbeiter, die Betriebsräte, die Verwaltungskomitees dürfen mitreden, Vorschläge machen, "beantragen" und dergleichen - aber die Entscheidung bleibt letzten Endes in den Händen der "zuständigen Staatsorgane" also der Titobürokratie...Wer behauptet, verbreitet, dieses Gesetzt übergebe die Leitung der Betriebe den Arbeitern, es beginne die proletarische Demokratie zu verwirklichen, belügt, betrügt die Arbeiterschaft, führt sie irre. Nein, nach wie vor behält die Titobürokratie die Leitung der Wirtschaft, und zwar auch im Betrieb. Die Konzessionen, die sie macht, ändern dem Wesen nach nichts daran. Wohl aber sollen die Zugeständnisse die jugoslavischen Arbeiter in den Glauben wiegen, es hätte sich etwas Wesentliches geändert.

1919 bedienten sich dieses Tricks SP, Gewerkschaftsbürokratie, Bourgeoisie, um die "aufgeregten" deutschen, österreichischen Arbeitermassen zu "beruhigen". Das Kommando über die Wirtschaft, auch in den Betrieben, beliessen die Betriebsratsgesetze der Kapitalistenklasse. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden elastisch genug formuliert, um - wenn nötig - den Arbeitern in untergeordneten Fragen entgegenzukommen. So wurden breite Massen mit grossen Hoffnungen eingelullt und - vom Weg

der Revolution abgehalten. Das war der Zweck der ganzen Uebung.

So wie die Tito und Co heute, so bedienten sich damals auch die Kautsky, Bauer, Adler & Co scheinradikaler Phrasen, um den Arbeitern das Gesetz über die Betriebsräte als (angeblich) "revolutionären Fortschritt" hinzustellen, anzupreisen, schmackhaft zu machen.

Je weiter, desto mehr erwiesen sich die so in den Arbeitermassen genährten grossen Hoffnungen in der Praxis, in der lebendigen Erfahrung als Illusionen...So kam die unausbleibliche Enttäuschung... Schliesslich begann Ermattung, Zersetzung unter den Massen um sich zu greifen...1923 bereits war es so weit, dass die Bourgeoisie beginnen konnte, mittelst ihrer Heimwehren die ersten Arbeiter (Birnecker usw.) abzuknallen...So wurden die 1919 von revolutionären Tatwillen erfüllten Arbeitermassen in Deutschland, Oesterreich im Laufe einiger Jahre "beschwichtigt", eingeschläfert, enttäuscht, ermüdet, zerteilt, zersetzt. So wurde der revolutionäre Aufschwung erledigt, der kapitalistischen Gegenrevolution, ja dem Faschismus der Boden bereitet, geebnet. Das Betriebsrätegesetz% und ähnliche "Konzessionen" waren Hauptmittel auf dem Wege dieses Verrats. Mit dem neuen Aufputz eines "Mitbestimmungsrechtes" suchen SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie ihren alten Betriebsrattrick neu zu beleben, um dem kommenden revolutionären Aufschwung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Desselben Tricks bedient sich nun die Titobürokratie, um die revolutionäre Gärung in den jugoslavischen Arbeitermassen aufzuhalten, zu dämpfen, zu zerlegen, zerteilen, zersetzen...

Ja, wenn die entscheidende Grundbedingung erfüllt wäre, wäre das jugoslavische Betriebsrätegesetz ein bedeutender Schritt vorwärts: wenn nämlich - auf Grundlage ehrlicher, wirklicher Parteidemokratie, Gewerkschaftsdemokratie - in Jugoslavien der A r b e i t e r r a t bestünde: der die Regierung wählt; ihr durch seine Gesetze, Beschlüsse, die Linie des Handelns gibt; sie kontrolliert; sie jederzeit dazu verhalten kann, dass sie die "zuständigen Staatsorgane" zur Ordnung ruft, ja entfernt, auswechselt; sie stürzt, wenn sie dem Willen des Arbeiterrats zuwiderhandelt, und sich eine neue Regierung seines Vertrauens wählt. Alle Macht dem Arbeiterrat! - davon war und ist in Titojugoslavien, genau wie in Stalinrussland, nicht die geringste Spur. Es gibt dort keinen Arbeiterrat als höchstes Organ des Staates. Es gibt dort nur die Nationalversammlung. Nicht einmal jenen Schwindelarbeiterrat der Bauer, Adler & Co von 1919/23 neben der Nationalversammlung lassen die Tito & Co zu...

Wer Titojugoslavien als Arbeiterstaat ausgibt, belügt, betrügt die Arbeiterklasse. Es gibt dort keine proletarische Demokratie; nicht im Staat, nicht in der Wirtschaft, nicht in der Partei, nicht in der Gewerkschaft und auch nicht im Betrieb. Nicht ein Arbeiterstaat sondern ein Staat unter dem Kommando der Titobürokratie ist das heutige Jugoslavien. Den Arbeitern ungeheure Anstrengungen, riesige Entbehrungen, kein proletarischdemokratisches Recht - der Titobürokratie die Macht, grosse Pfründen, Privilegien; - so schaut er aus, der Titostaat. Die "Konzessionen" des Tito-Betriebsrätegesetzes sollen das verschleiern. Die Illusionen der Jugendbrigaden, durch sie in alle Länder zu tragen, sollen die revolutionsschmarotzerische, antirevolutionäre Rolle der Titobürokratie vernebeln. Nicht für, sondern gegen die proletarische Revolution arbeitet, wirkt die Titobürokratie.

Auch in der Aussenpolitik. "Konstruktive Mitarbeit in der UN" berichtet, sich brüstend, Titos Blatt, "Das neue Jugoslavien" (1o.7.5o). Nun, die "Vereinigten Nationen" sind eine Organisation des Weltimperialismus; darin "konstruktiv mitarbeiten", heisst, den Weltimperialisten in die

Hände arbeiten!...

Nach wie vor bewegen sich die Tito & Co samt ihrer Titopartei auf der antirevolutionären Linie des jugoslavischen "Sozialismus in einem Land", gegen den proletarischen Internationalismus, gegen jede proletarischinternationale Organisation; Stalinrussland, die Volksdemokratien, Tito-Jugoslavien schwindeln sie vor als "sozialistische Staaten" (siehe Titos Rede 17.5.5o). Von ihrer antirevolutionären Grundposition aus fuchteln die Tito & Co mit scheinrevolutionären Worten, Taten "nach links", so wie es seinerzeit die Zentristen Nr. 2 1/2, die Kautsky, Bauer, Friedrich Adler & Co, vorexerziert haben.

Den heutigen Zentristen (Nr. 3 1/2) erscheinen Titos Manöver als "Linksentwicklung". In Wahrheit arbeiten, wirken Titobürokratie, Titopartei, Titoregierung gegen die Klassenlinie des Proletariats. Die Zentristen Nr. 3 1/2 vermeinen, dass Tito sich an ihnen entwickle - in Wirklichkeit "entwickeln" vielmehr sie selbst sich zu tatsächlichen Helfern des jugoslavischen National"kommunismus" des Antirevolutionärs Tito.

" K O M M U N I S M U S "

Im "unabhängigen" Wiener Montag vom 14.Aug.195o werden Gedankengänge der Bourgeoisie über den "Kommunistenführer HO CHI MIN" (Vietnam) aufgezeigt, die für uns sehr lehrreich sind.

In einem Artikel heisst es: "Die Staatskanzleien in Asien und Amerika werfen folgende Fragen auf: 'Steht HO CHI MIN ausserhalb der Kominform? Ist er der Tito des Ostens? Ist er Stalinist? Oder sind seine Gedanken gar vom "längst eingefrorenen" Marxismus beherrscht?'" (Dies wäre wohl das Gefährlichste) Anm. d. Red.) Hier kann man unter anderem ersehen, dass die Bourgeoisie zwischen Marxismus und Stalinismus streng unterscheidet.

Es war und ist die Aufgabe jeglicher Arbeiterpresse den Unterschied zwischen Marxismus und Stalinismus aufzuzeigen. Unser Arbeiterblatt hat dies wiederholt getan. Was beschert uns hier die sogenannte "Arbeiterpresse"?

In der "Volksstimme" wird Stalins als Musterschüler Lenins und somit als wahrer Marxist hingestellt. Die "Arbeiterzeitung" nennt ihn schlicht und einfach "Kommunist". (In Wirklichkeit ist er weder das eine noch das andere).

Wenn man die Lehre vom Ganzen zieht, kommt man zu dem - leider traurigen Ergebnis, dass beide "Arbeiterzeitungen" nicht die politische Aufklärung, sondern die Irreführung, (Verdummung) der Massen als ihr Leitmotiv gewählt haben.

Der Krieg bringt Profit

Die "Tat" (Schweizer linkskapitalistische Zeitung) vom 17.8.195o schreibt:

"General Motors wird Tanks herstellen."

Es wird in dem Artikel angeführt:

"Ein Teil der Cadillac-Abteilung sei für diesen Zweck bereit gestellt worden...."

Gleich anschliessend finden wir einen Artikel:

"Interessante Begründung einer Dividendenerklärung"

"Die General Motors Corporation erklärte neben einer ordentlichen Quartalsdividende von Dollar 1.5o je Stammaktie eine Extradividende von Dollar 2.5o zu bezahlen.

Diese Sonderdividende wird mit den gestiegenen Lebenskosten begründet (166%)...."

Eine dritte Nachricht ergänzt das Bild:

"Mangels anregender Faktoren konzentrierte sich das Geschäft auf der Züricher Börse am Mittwoch auf wenige Spezialpapiere wie "Elektrowatt, Interhandel und General Motors...."

Es lohnt sich eben, für die soge-

nannte Freiheit zu kämpfen, nein, zu produzieren, muss es richtig heissen.

Statistik

Statistiken sind gut, wenn sie ein wahrheitsgetreues Bild des Sachverhalts geben.

In Oesterreich haben wir ein Institut für Statistik und Wirtschaftsforschung, das uns die Bewegung der Löhne, Preise, der Produktion, Lebenshaltung usw. bekannt gibt, in Wirklichkeit vorschwindelt. Der Zweck ist, die Massen zu beruhigen. So wurde jahrelang der Profit der Kapitalisten verschwiegen, verschwiegen wurde auch die Bildung von Kartellen, bis sie plötzlich dastanden und heute die Massen unverschämt erpressen. Dafür übernahm dieses Institut die Aufgabe, den Massen einzureden, dass sie mehr arbeiten müssen, dass ihr Lebensstandard ständig steige, obwohl die Praxis das Gegenteil beweist. Die Zusammensetzung dieses Institutes lässt von diesen Leuten nichts anderes erwarten, es sind lauter getreue Diener ihrer Herren, der Ausbeuter.

Was aber die Arbeiter erwarten konnten, das war, dass ihre Parteipresse, die SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie diesen Schwindel längst durchschaut haben mussten und in der Tat, sie haben ihn durchschaut. Das beweist ihre heutige Sprache, z.B. im "Zeitrad", dem Organ der Transportarbeiter. Dieses schreibt, dass an der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung dieses Institut grossen Anteil hatte.

Das statistische Amt hatte aber seine besten Helfer gerade in diesen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie, denn haben nicht sie es in ihrer Presse populär gemacht, haben nicht sie jede seiner Veröffentlichungen als bare Münze den Massen vorgesetzt? Jedem Betrug haben sie damit die Mauer gemacht.

Fort mit solchen Statistiken! Fordert Kontrolle der Preise durch eine Preiskontrollkommission, gewählt von den Arbeitern, Angestellten, niedern Beamten, Kontrolle der Produktion durch Betriebsräte, die von den Arbeitern gewählt und nicht aufgezwungen werden. Fordert Einblick in die Bücher der Unternehmer usw. Die Gewählten müssen jederzeit absetzbar sein. Die Massen der Ausgebeuteten haben das Recht, die Wahrheit zu erfahren.

Kartellwirtschaft

Die A.Z. vom 5.8.5o berichtet:

Gewisse Absatzstockungen in letzter Zeit, besonders bei Verbrauchsgütern, sind dadurch hervorgerufen worden, dass die Preise im Verhältnis zu den Löhnen und der Kaufkraft der Bevölkerung in krassem Widerspruch stehen. Es besteht die Gefahr von Betriebseinschränkungen und Arbeitslosigkeit. Diese Tätigkeit ist auf die 5oo in Oesterreich bestehenden Kartelle zurückzuführen, usw.....“

Seit 1945 arbeiten die SP, Gewerkschaftsbürokratie und bis 1947 auch die KP in der Regierung mit den Kapitalisten zusammen, obwohl sich deren Interessen und die der Arbeiter und Angestellten niemals auch nur berühren. Jeder Kampf um höhere Löhne, den die Arbeiter begonnen haben, wurde von den Gewerkschaftsführern der SP als schädlich für die Wirtschaft bezeichnet. Die Wirtschaft aber ist die Gesamtheit der sich in Bewegung befindlichen Produktionsmittel, von denen sich die ausschlaggebendsten in den Händen der Kapitalisten befänden, ganz gleich, ob Grund und Boden oder Fabriken, ob Handel, Transport usw. Wenn es nun darum geht, den Herren der Betriebe einen Teil ihrer grossen Profite abzuverlangen, um die nur allzuberechtigten Forderungen der Arbeiter u. Angestellten zu erfüllen, dann fin-

den das die Gewerkschaftsbonzen als "wirtschaftsschädlich", halten das also für einen Schaden für die Ausbeuter und rühren keinen Finger. Wenn man bei den Ausbeutern etwas für die Arbeiter erreichen will, dann muss man sie bei der Gurgel fassen, wie sie es mit den Arbeitern tun. Die Arbeiter sind, wenn sie gewerkschaftlich und politisch organisiert **sind,** eine mächtige Waffe in der Hand einer Gewerkschaft, die **treu** zu den Arbeitern hält und sich **nicht** kaufen lässt, wie die Böhm und Schärfs.

Wählt Euch Männer Eures Vertrauens aus Eurer Mitte, und lasst Euch keine Schachfiguren der Gewerkschaft aufhalsen. Zwingt Eure Gewerkschaftsführer zum Handeln, schaut ihnen auf die Finger!

Aus dem Reiche Waldbrunners

Die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben vermeinen für den Sozialismus zu schaffen, die SP und die Gewerkschaftsführer reden ihnen das immer ein. Für wenig Lohn bei dauernder Steigerung der Arbeitsleistung müssen sie es hinnehmen.

Das gilt aber nur für die Arbeiter, nicht für die leitenden Beamten dieser Betriebe. Die sind dieselben Antreiber und Ausbeuter geblieben. Für diese hat man mehr Verständnis, wie der Bericht des Rechnungshofes zeigt.

Das Gewerkschaftsorgan der Handels- und Transportarbeiter, "das Zeitrad" schreibt: "...In diesen Unternehmungen herrscht eine Grosszügigkeit, die unbegründet ist. So darf das Volkseigentum nicht verwaltet werden. Da werden an Konsulenten und ehemaligen Angestellten monatliche Pauschalhonorare ausbezahlt, ohne dass der Rechnungshof eine entsprechende Gegenleistuung feststellen konnte. Eigendevisen des Unternehmens, die zur Einfuhr dringend benötigter Chemikalien vorgesehen waren, wurden zur Einfuhr von Personenkraftwagen verwendet. Bei der Elin AG bezogen die Mitglieder des Vorstandes doppelt so hohe Monatseinkommen, als ihnen auf Grund eines Ministerratsbeschlusses zugestanden worden waren. Die Oberbeamten der Siemenswerke verrechneten dem Unternehmen Repräsentationsauslagen die mitunter 1000 S im Monat überschritten - und das Unternehmen zahlte, ohne eine Aufstellung über tatsächliche Auslagen zu verlangen.

Die VOEST in Linz waren bei drei leitenden Angestellten sehr grosszügig, liessen ihnen Wohnungen mit einem Kostenaufwand von S 200.000 einrichten, und räumten ihnen das Benutzungsrecht für zwölf Jahre ein.

Wir konnten hier nur eine kleine Auswahl dessen veröffentlichen, was der Bericht des Rechnungshofes enthält". So das "Zeitrad". Dafür schuften nun die Arbeiter; damit sich andere bereichern. Solange der kapitalistische Staat diese Unternehmungen verwaltet, werden die Arbeiter immer wieder die Betrogenen sein, denn den Mehrwert stecken die Kapitalisten so oder so ein, trotz Waldbrunner. Die Rolle der SP-Führer besteht darin, dass sie für gute Posten in diesen Betrieben den Arbeitern Sozialismus vorspiegeln, um sie an der Stange zu halten.

Arbeiter, verlangt die Kontrolle in diesen Betrieben, aber sie darf nur von aus Eurer Mitte gewählten Vertrauenspersonen ausgeübt werden, die Ihr jederzeit absetzen könnt, wenn sie Eure Interessen nicht vertreten wollen. Wirkliche Hilfe bringt Euch aber nur, wenn Ihr den Staat so umformt, dass er der überwiegenden Mehrheit des Volkes, den Arbeitern und nicht den ausbeutenden Kleinbürgern, dient.